



Quellen zur Revolution 1918/19 in Westfalen. Bericht über ein Projekt der Historischen Kommission für Westfalen

von Wilfried Reininghaus

Projektziele und -ergebnisse

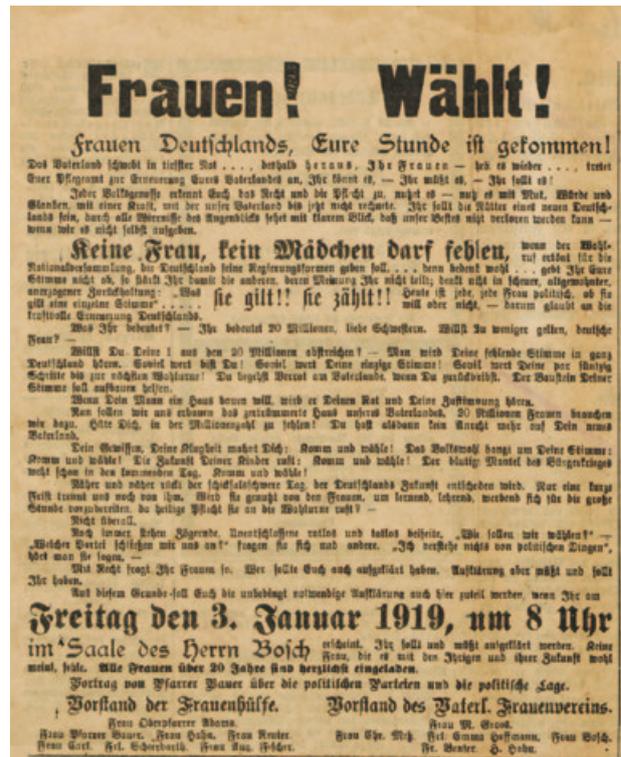
Der Übergang von der Monarchie zur Republik und das Ende des Ersten Weltkriegs sind symbolisch verdichtet im Datum 9. November 1918. Die Zeitgenossen erlebten diesen Tag und die sich anschließenden Wochen und Monate als eine Revolution. Sie war und ist umstritten wie kaum ein

anderes Ereignis der deutschen Geschichte. Die hundertste Wiederkehr dieses Tages nehmen die Historischen Kommissionen in Deutschland zum Anlass, um die regionalen Komponenten der Revolution wissenschaftlich in Tagungen aufzuarbeiten. Die Tagung für das Bundesland Nordrhein-Westfalen wird von der Historischen Kommission für

Westfalen gemeinsam mit der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde und dem Landesarchiv Nordrhein-Westfalen vorbereitet und voraussichtlich 2018 in Düsseldorf stattfinden.

Die Vorplanungen zeigten, dass die Revolution 1918/19 alles andere als gründlich erforscht ist. Nachdem in den 1970er Jahren zahlreiche Untersuchungen, vor allem zum Ruhrgebiet, erschienen waren, stagnierte 30 Jahre lang die ortsübergreifende Forschung. Erst in jüngerer Zeit erschienen einige wenige neue Arbeiten.¹ Die Historische Kommission für Westfalen hielt es daher für sinnvoll, den Stand der bisherigen Forschung und die Quellenlage aufzuarbeiten sowie neue Forschungsfragen zu entwickeln. Zu erwarten ist, dass 2018 sowohl in weiteren lokalen, regionalen und überregionalen Initiativen die Revolution 1918/19 thematisiert werden wird. Gerade aus lokaler Perspektive dürfen hierzu neue Ergebnisse zu erwarten sein, fanden doch als Folge der Revolution im Januar 1919 erstmals allgemeine freie Wahlen auf der Kommunalebene statt, an denen Frauen und Männer über 20 Jahre teilnehmen durften. Das Dreiklassenwahlrecht wurde abgeschafft. Die Revolution 1918/19 bedeutet deshalb auch einen Meilenstein in der Geschichte der deutschen Demokratie.

Für die Historische Kommission für Westfalen hat im Herbst 2014 der Verfasser die Arbeit an dem Projekt aufgenommen. Ein zentraler Bestandteil war es zu dokumentieren, wo in Westfalen und Lippe Arbeiter- und Soldatenräte oder sonstige Räte seit dem 9. November 1918 entstanden. Die Arbeiter- und Soldatenräte waren zwischenzeitlich für kurze Zeit Träger der zentralen und/oder lokalen Gewalt. Ein solcher Überblick fehlte bisher; Eberhard Kolbs Studie von 1962 hatte die Entwicklung der Arbeiter- und Soldatenräte in Westfalen ausgespart.² Bis Dezember 2015 gelang es, in Westfalen und Lippe insgesamt über 800 Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und andere Räte nachzuweisen. Für diesen Nachweis waren Recherchen und Abfragen in den westfälischen Kommunalarchiven, in den staatlichen Archiven und in weiteren Archivsparten erforderlich. Ein erstes Ziel der Vorstudie war daher, die Entstehung, die Funktionen und das Ende der Räte in Westfalen und Lippe 1918/19 differenziert nach Orten und Teilregionen darzustellen. Vor allem die Bauern- und Landarbeiterräte kamen bisher in der westfälischen Landes- und Regionalgeschichte nicht vor. Darüber hinaus ließ sich zeigen, dass 1918/19 Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einen tiefen Umbruch erlebten, der sich nicht nur in Berlin abspielte, sondern auch die Provinz erreichte. Deshalb war es notwendig, über die Geschichte der Räte hinaus Material zu sichten und zu befragen. Der Fokus richtete sich nicht nur auf die regionale Geschichte der Räte, sondern auch auf ihre politischen Gegner. Als ein weiteres Untersuchungsfeld zeichnen sich die Wahlen im Januar und März 1919 ab, die die Parlamente im Reich, in Preußen und auf kommunaler Ebene neu konstituierten. Die damals handelnden Parteien sowie die Personen und deren Biographien verdienen die Aufmerksamkeit der Forschungen. Die Rolle der Frauen in der Re-



Aufruf des Vaterländischen Frauenvereins und der Frauenhilfe Laasphe zum Frauenwahlrecht zu einer Versammlung am 3. Januar 1919 (Quelle: LAV NRW W, Plakatsammlung 2441r)

volutionenzeit gewann wegen des neueingeführten Frauenwahlrechts an Bedeutung. Als ein neuer Aspekt kommt die Revolution als Kommunikationsgeschichte hinzu mit den Leitfragen, wie Nachrichten verbreitet wurden und mit welchen Symbolen der politische Umbruch dargestellt wurde.

Die Ergebnisse der Vorstudie werden Ende 2016 von der Historischen Kommission für Westfalen veröffentlicht. Sie werden vier Teile umfassen:

1. die Forschungsgeschichte,
2. die oben skizzierten Forschungsfragen,
3. eine Übersicht über die Quellenlage,
4. einen dokumentarischen Anhang.

In Abstimmung mit dem LWL-Archivamt für Westfalen wird vorab der Teil über die Quellen hier in gekürzter Form veröffentlicht. Gleichzeitig werden auf der Homepage der Historischen Kommission die Nachweise über die lokalen Räte sowie die Übersichten über die Archivbestände und die Sekundärliteratur zur Verfügung gestellt.³

1 Alexander Gallus (Hrsg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010; Karl Christian Führer u. a. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920, Essen 2013.
 2 Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962 [erweiterte Ausgabe als Taschenbuch Frankfurt/Berlin/Wien 1978].
 3 Siehe [http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_011_\(2016-01\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_011_(2016-01).pdf).

Ein Überblick über die Gesamtheit der Quellen

Erhard Lucas hat mit guten Gründen gefordert, zur Revolutionsgeschichte möglichst alle erreichbaren Quellen auszuwerten.⁴ Für die preußischen Provinzen Westfalen und Rheinland bedeutet die hierzu erforderliche Suche eine besondere Herausforderung, denn hier fehlt im Gegensatz zu Württemberg ein „Revolutionsarchiv“. Auch in Berlin, Hamburg und Baden liegt eine Überlieferung verdichtet vor. Im heutigen Bundesland Nordrhein-Westfalen stellt Lippe eine Ausnahme dar, weil die Protokolle und Akten des Volks- und Soldatenrats erhalten blieben bzw. schon zeitgenössisch gedruckt wurden. Für Westfalen und Rheinland muss dagegen in einer Vielzahl von Archiven und Bibliotheken gesucht werden. Die Suche nach einschlägigen Quellen zur Revolution 1918/19 verlangte deshalb nach einer systematischen Herangehensweise. Zuerst wurde die Überlieferung von Bündelungsbehörden gesichtet. Bündelungsbehörden sind solche Verwaltungen, die über die lokale Ebene hinausgehen und Informationen für ihren Zuständigkeitsbereich zusammentragen. Bezogen auf Westfalen sind dies die Regierungen Arnsberg, Minden und Münster und die Landratsämter sowie ein bzw. zwei Hierarchieebenen höher die preußischen Zentralbehörden sowie die Reichsregierung und – als „Geburt“ der Revolution – der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik. Anschließend wurden die Archivbestände der Kommunen ausgewertet. Der Verfasser hatte in der Aktuelle Stunde des Westfälischen Archivtags am 18. März 2015 in Gladbeck die Kommunalarchive informiert. Sie wurden durch eine Mail des LWL-Archivamts vom 14. April 2015 gebeten, ihre zur Revolution 1918/19 einschlägigen Bestände dem Verfasser zu melden. Umfangreichere Bestände wurden anschließend vor Ort durchgesehen und ausgewertet. Neben Archivalien wurden parallel Zeitungen der Jahre 1918/19 ausgewertet.

Alle zeitgenössischen Provenienzbildner standen 1918/19 vor der Herausforderung, Vorgänge einer Umbruchzeit in vorhandene Registraturen einordnen zu müssen. „Revolution“, „Umwälzung“ oder „Umsturz“ kamen in Registraturplänen nicht vor, allenfalls deren Maßnahmen zu deren Verhinderung. Umbruchzeiten sind generell eine Herausforderung an die archivische Überlieferungsbildung. Nach Wissen des Verfassers ist der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik archivfachlich bisher noch nie thematisiert worden. Beobachtungen hierzu sollen deshalb exemplarisch festgehalten werden.

Kommunalarchive

Im Unterschied zu den Bündelungsinstanzen sahen sich die Kommunalverwaltungen unmittelbar und direkt mit den Auswirkungen der Revolution konfrontiert. Wie Bürgermeister oder Amtleute unter diesen Umständen ihre Berichte und Vermerke anlegten und ihre Registratur organisierten, beeinflusst heute die Möglichkeiten zur Recherche. In größeren Städten, so in Bielefeld, Dortmund und Münster, wurde offenbar die herkömmliche Trennung nach

städtischen Ämtern in der Revolutionszeit beibehalten. In Dortmund legte der Magistrat Akten über die allgemeine Zusammenarbeit zwischen Arbeiter- und Soldatenrat und Stadtverwaltung an (heute Bestand 3). Die konkrete Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats einschließlich der Bereitstellung von Sicherheitswehren ist im Polizeibestand (Bestand 5) zu finden.⁵ In Dortmund waren Polizeiverwaltung und Arbeiter- und Soldatenrat eng miteinander verzahnt. Dieser Zustand war neu, denn die Arbeiterbewegung stand nicht nur in Dortmund bis in das Jahr 1918 unter Polizeibeobachtung.⁶ In einigen Städten schlossen Akten zur Bildung von Räten direkt an die Berichte zur Überwachung der Sozialdemokratie an. Dennoch erlebte auch die Polizeiverwaltung den Geist einer neuen Zeit. So formierte die Polizeiverwaltung in Herford noch am 9. November, dem „Tag der Umwälzung“, eine neue Aktenschicht.⁷ Mendens Bürgermeister ordnete am 11. November, unmittelbar nach Gesprächen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat, an: „Neue Akten anlegen“. Später verfügte er „z. d. A. des A. B. u. S. Rates“.⁸ Handakten und Tagebücher von Bürgermeistern sind authentische Quellen, die bereits mit großem Gewinn herangezogen wurden. Für Herne stand z. B. das Tagebuch von Bürgermeister Sporleder zur Verfügung, für Hagen die Handakten von Oberbürgermeister Cuno.⁹ Wer eine einschlägige Akte des Recklinghäuser Magistrats sorgfältig mustert, stellt auf dem Aktenschwanz die Worte „Erste Revolution“ fest.¹⁰ Diese Akte wurde im Februar 1920 geschlossen, der dann folgende Bürgerkrieg an der Ruhr galt als eine „Zweite Revolution“. In vielen Gemeinden fielen Akten zur Revolution in die Kriegsakten. Die Stadt Castrop bildete z. B. eine Registraturschicht „Krieg und Besetzung 1914 bis 1923“.

Die Themen, die Stadtverwaltungen und Räte gemeinsam be- und verhandelten, mussten auf Kommissionen verteilt werden. Sie kreisen vor allem um die Frage der Demobilmachung, den Erhalt der öffentlichen Sicherheit und die Lebensmittelversorgung. Breiten Raum nahm die Zahlung von Lohnersatz für die Sicherheitsmannschaften ein. Wegen der Kosten und der Kompetenzen der Räte wurde 1918/19 der gegenseitige Austausch der Kommunalverwaltungen über die Räte üblich.¹¹ Der Vergleich zwischen den Kommunen zeigt, wie die Praxis von Ort zu Ort voneinander abwich. Das gilt auch für die Einbeziehung

4 Erhard Lucas, Blockierte Demokratisierung der Revolutionszeit in Dorsten, Hervest und Holsterhausen, in: Vestische Zeitschrift 90/91 (1991/92), S. 177–230, 179.

5 Stadtarchiv Dortmund Best. 3 Nr. 1888, 1931, 2149; Best. 5 Nr. 43, 44, 567.

6 Z. B. Kreisarchiv Minden Stadt Minden G II 120, 121; Kreisarchiv Herford Kreis Herford A 406.

7 Kreisarchiv Herford Stadt Herford C 871.

8 Stadtarchiv Menden C 367.

9 Stadtarchiv Herne V/3335; zu Cunos Handakten: Hanno Lambers, Die Revolutionszeit in Hagen. Die politische Entwicklung von 1917 bis 1924 in Hagen und Haspe. Regionalanalyse der politischen Ereignisse, des Parteienverhaltens und der Wahlen in der Revolutionsperiode, Hagen 1963, passim.

10 Stadtarchiv Recklinghausen III 1887.

11 Zwei Umfragen sind belegt in: Stadtarchiv Arnsberg 1/2185; Stadtarchiv Gelsenkirchen VIII/12/26.

der Räte in die Versammlungen der Stadt- und Gemeindeverordneten sowie in den Magistrat.¹² Es gab hierfür keine allgemeine Regel. In jedem Fall ist zu empfehlen, die erhaltenen Protokolle dieser Gremien einzusehen. Der Grad der Mitwirkung oder Mitbestimmung von Räten an der Kommunalpolitik lässt sich daraus konkret entnehmen.

Einige Stadtverwaltungen legten noch während der ersten Monate nach November 1918 zusammenfassende Berichte über das komplexe Geschehen an. Mehrfach hat die Forschung das Manuskript „Unruhige Tage“ aus Gelsenkirchen ausgewertet.¹³ Es ist eine Kompilation aus Akten des Magistrats zum Arbeiter- und Soldatenrat und dessen sog. Aktionsausschuss sowie zur Einwohnerwehr, Akten des Polizeipräsidiums, Zeitungsartikeln und den Berichten von vier Gewährsleuten. Der Gelsenkirchener Bericht beginnt mit dem 8. November 1918 und endet nach 239 maschinengeschriebenen Seiten am 20. Dezember 1918.

Ortschroniken legten die meisten Kommunen oder von ihnen beauftragte Personen an. Nicht alle sind so gründlich wie die Bürener, die sogar die Tageszeiten der lokalen Ereignisse vom 9. bis 13. November festhielten.¹⁴ Nachträglich fand die Revolution Eingang in die Verwaltungsberichte der Städte und Gemeinden, die oft zusammenfassend für die Jahre vom Ersten Weltkrieg bis 1923 abgegeben wurden. Für das Ruhrgebiet sind sie u. a. vom deutsch-australischen Historiker Jürgen Tampke ausgewertet worden.¹⁵ Im Nachgang musste der Verfasser allerdings feststellen, dass die einschlägigen offiziellen Publikationen der Kommunen über die Arbeiten in den Kriegsjahren zur Revolution 1918/19 in der Regel wenig aussagen. Dafür gibt es plausible Gründe. Die meisten Verwaltungsberichte erschienen erst einige Zeit nach 1918. Deshalb blieb es in der Regel bei knappen Bemerkungen.

Forschungen zur Revolutionszeit 1918/19 konzentrierten sich bisher auf die Archive der damals bestehenden Städte. Aus den Ämtern ist sie nicht in gleicher Menge auf uns gekommen. Ursache ist die weitgehend ehrenamtliche und oft nicht professionalisierte Tätigkeit der Amtleute. Es ist kein Zufall, dass die Überlieferung der Akten aus Ämtern im Umfeld der Industriestädte am besten ist. Bekanntlich erstreckten sich die heutigen Ruhrgebietsstädte vor der Kommunalreform 1929 noch weitgehend auf Ämter. Vor allem zu Dortmund, Bochum und Castrop-Rauxel finden sich deshalb etliche Akten zur Revolution und ihren Folgen in den Amtsregistaturen. Allerdings haben sie ungleichmäßig den Weg in die Archive gefunden. Im Stadtarchiv Dortmund fällt – auch dank der Erschließung über parallele Klassifikationen – der unterschiedliche Wert einzelner Amtsarchive sofort auf. Während zu unserem Thema Akten für die Ämter Aplerbeck, Brackel, Kirchhörde, Mengede und Wellinghofen vorliegen, fehlen sie für Derne, Dorstfeld, Eving und Barop. Im Stadtarchiv Hagen bietet die Überlieferung des Amtes Vorhalle Material zum Konflikt des Arbeiter- und Soldatenrats mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD).¹⁶ Im Amtsarchiv Bockum-Hövel (Stadtarchiv Hamm) ist die

Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrats im Frühjahr 1919 breit dokumentiert. Amtmann Kuckelmann im Amt Lembeck/Altschermbek sah sich wegen der Bergleute in Hervest-Dorsten besonders herausgefordert und legte in seiner „Revolutionsakte“ auch eine Sammlung von Zeitungsausschnitten über Arbeiter- und Soldatenräte im Ruhrgebiet an.¹⁷ Sie hat wegen der Dorstener Kämpfe im Februar, die von Hervest-Dorsten ausgingen, hohen Quellenwert.

Zur Überlieferung der Revolutionszeit gehören die Akten zur Durchführung der Wahlen im Januar und März 1919. Sie beanspruchten die Verwaltungen wegen der Neuerungen gewaltig und führten zur Festlegung von Wählerlisten, Stimmbezirken und Wahlausschussmitgliedern. Entsprechende Spuren gibt es in vielen Kommunalarchiven. Ihr Wert für die Historische Wahlforschung ist betont worden, vor allem, wenn die Stimmabgabe nach Männern und Frauen gezählt wurde. Die Stimmergebnisse nach Wahlbezirken liegen entweder in den Akten oder als Zeitungsbericht vor, sodass Analysen über die Zusammenhänge von Sozialtopographie und Parteipräferenzen möglich sind. In vielen Kommunen traten bei den Kommunalwahlen im März neben den Parteien, die im Januar antraten, zusätzliche Gruppierungen zur Wahl an. In günstigen Fällen, wie in Iserlohn oder Letmathe, kann deren Herausbildung sogar aus den Akten rekonstruiert werden.¹⁸

Untersuchungen zu den Personen, die auf den Wahllisten stehen, setzen prosopographische Forschungen in den Kommunalarchiven voraus. Hier liegt ein großes Forschungsdesiderat, weil nur die tatsächlich in die Nationalversammlung oder in den preußischen Landtag gewählten Personen in Handbüchern erfasst wurden. Die Mehrheit der Personen auf den Wahllisten vom Januar 1919 kommt darin nicht vor, erst recht nicht diejenigen, die zur Kommunalwahl antraten. Wir wissen daher wenig über die lokal- und regionalpolitische Führungsgruppe der Weimarer Zeit. Die Kommunalarchive bieten zu diesem Personenkreis in der Regel Materialien. Exemplarisch hat der Verfasser begonnen, biographische Daten zu den Personen auf den Wahllisten im Januar 1919 zu sammeln. Einwohnermeldekarteien, biographische Sammlungen der Archive und Adressbücher leisteten dabei gute Hilfe. Ein Glanzlicht unter den personenbezogenen Sammlungen zur Kommunalpolitik setzte die Stadt Hagen. Sie legte um 1930 zwei Alben

12 Durchgesehen wurden stichprobenhaft Protokolle in den Stadtarchiven Arnsberg, Castrop-Rauxel, Gladbeck, Greven, Gütersloh, Iserlohn, Lippstadt.

13 Stadtarchiv Gelsenkirchen IV/1/19; vgl. Klaus Wisotzky, Gelsenkirchen in revolutionärer Zeit. Politische und soziale Unruhen 1918–1920, in: Beiträge zur Stadtgeschichte 11 (1983), S. 143–188; Stefan Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848–1975, Düsseldorf 1990, S. 201–273.

14 Stadtarchiv Büren Chronik 1886–1919, p. 423–428.

15 Jürgen Tampke, The Ruhr and Revolution. The Revolutionary Movement in the Rhenish-Westphalian Industrial Region 1912–1919, (Diss. 1975) Canberra 1978.

16 Stadtarchiv Hagen Vorhalle 700–702.

17 Stadtarchiv Dorsten D 1985.

18 Stadtarchiv Iserlohn A 2 Nr. 145 (Iserlohn); C 1 Nr. 538 (Letmathe).

an, in denen die damals noch lebenden Stadtverordneten seit dem Kaiserreich sich selbst mit Details ihrer Vita und mit Foto vorstellten. Wir finden darin die zentralen und auch auf Reichsebene tätigen Akteure der Revolutionszeit wie Konrad Ludwig und Josef Ernst von der USPD, aber auch die politische Elite des Hagener Bürgertums.¹⁹ Neben solche zeitgenössischen Sammlungen treten die personenbezogenen Sammlungen, die die Kommunalarchive nach 1945 angelegt haben. Einige Beispiele mögen genügen: Im Stadtarchiv Bottrop ließ sich aus Zeitungsartikeln die Biographie des ersten Oberbürgermeisters nach 1945, Ernst Endler, ermitteln. Endler war im Januar 1919 einer der Aktiven der USPD im Ruhrgebiet und kandidierte erfolglos für die preußische verfassunggebende Versammlung. In Iserlohn lässt sich die ungewöhnliche Vita des Schullektors Jan Roters zusammenstellen, der den Wahlkampf 1918/19 für die Deutsche Volkspartei (DVP) bestritt und ebenfalls auf der Kandidatenliste stand.²⁰ Zur führenden Persönlichkeit der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) im Wahlkreis Westfalen-Nord, Verleger Friedrich Kuhle, liefert das Kommunalarchiv Herford Informationen.²¹

Am Beispiel der biographischen Sammlungen lässt sich bereits der Nutzen der dokumentarischen Tätigkeit der Kommunalarchive ermesen. Diese Aussage gilt erst recht für die Einwerbung des Archivguts von Vereinen und Parteien. Auch hier sollen vier Beispiele gegeben werden. Das Protokollbuch des Mendener Zentrums gestattet eine Analyse des lokalen Wahlkampfes 1919.²² Das Protokollbuch der Wittener SPD, das in Kopie im Stadtarchiv Witten liegt, spiegelt die großen Erwartungen im November 1918, aber auch die Enttäuschungen im Frühjahr 1919, als die Partei viele Mitglieder verlor. Auch diese Quelle gestattet eine Binnensicht der Wahlkämpfe. Eine bisher von der Forschung noch nicht berücksichtigte Quelle ist das Protokollbuch des Lehrervereins Dülmen, das die Reaktion auf die Schulpolitik der preußischen Regierung 1918/19 und die Gegenreaktion der katholischen Lehrerschaft in Westfalen widerspiegelt.²³ Darüber hinaus können Schulchroniken eine ergiebige Quelle sein. Für die Übergangszeit vom Kaiserreich zur Republik sind sie in mehreren westfälischen Kommunalarchiven im Original und in Kopie zu finden. Das Kriegstagebuch des Lehrers Joseph Friebel aus (Paderborn-) Marienloh liefert z. B. wegen der persönlichen Beobachtungen und Einschätzungen sowie eine Zeitungsausschnittsammlung eine der besten Quellen für die Umbruchzeit im Kreis Paderborn.²⁴

Schriftgut der Arbeiter- und Soldatenräte in Westfalen

Bisher wurde die originäre Überlieferung der Arbeiter- und Soldatenräte sowie sonstiger Räte ausgespart, obwohl sie ausschließlich in Kommunalarchiven liegt. Warum ist das Schriftgut aus der Provenienz der Arbeiter- und Soldatenräte wichtig? Will man die Räte nicht nur aus der Perspektive derjenigen untersuchen, die ihnen skeptisch bis feindlich gegenüberstanden, dann gewinnen ihre Unterlagen an Bedeutung. Die aktuellen Recherchen zeigten aller-

dings, dass in Westfalen kaum Schriftgut der Räte auf uns gekommen ist. Am interessantesten sind neun Protokollbücher von Arbeiter- und Soldatenräten bzw. Volksräten aus Bottrop, Bochum-Langendreer, Dülmen, Herne-Sodingen, Lüdenscheid, Lünen-Brambauer, Paderborn, Warburg und Büren. Exemplarisch soll das Protokollbuch des Bottroper Arbeiterrates vorgestellt werden. Das Buch wurde am 31. März 1933 beim SPD-Mitglied Hermann Weber in Serfen bei Asbach (Kreis Neuwied) beschlagnahmt und dann von der Polizei nach Bottrop weitergeleitet.²⁵ Die laufenden Eintragungen vom 9. November 1918 bis zum 18. Juni 1919 wurden zwischen dem 12. und 24. Februar wegen der Kämpfe in der Stadt unterbrochen. Wegen der wechselnden Zusammensetzungen des Rats mit Mitgliedern von SPD, USPD, KPD und der polnischen Gewerkschaft ist das Buch eines der wichtigsten Dokumente für das Revolutionsgeschehen im nördlichen Ruhrgebiet. Neben Protokollbüchern sind Mitgliedslisten von Sicherheitswehren unter Kontrolle der Räte relativ häufig zu finden.²⁶ Sie sind wohl wegen der Zahlung des Lohnausfalls durch die Kommunen erhalten geblieben. Ein Rarissimum bewahrt das Stadtarchiv Warburg auf: das Briefjournal des lokalen Arbeiter- und Soldatenrats.²⁷

Bündelungsinstanzen: die Überlieferung des Bezirksregierungen und der Landratsämter sowie der Bergverwaltungen. Sonderfall Lippe

Die Bezirksregierungen waren zwischen die Berliner Ministerien, die Landratsämter und Kommunen geschaltet. Der Bearbeiter wertete daher während des Projekts zuerst die Akten der Regierung Arnsberg und Münster im Landesarchiv NRW Abteilung Westfalen (Münster) und der Regierung Minden in der Abteilung Ostwestfalen-Lippe (Detmold) aus, um einen Überblick über ganz Westfalen zu gewinnen. Die „Bewältigung“ der Revolution und ihrer Folgen oblag den Präsidialbüros und den Polizeiabteilungen. In ihren Akten zeigt sich die Dynamik jener Novembertage. Von zentraler Bedeutung für die Dokumentation der Räte war im Bezirk Arnsberg eine Umfrage, die am 13. Dezember 1918 an die Landräte und Oberbürgermeister des Bezirks herausging. Die Antworten von dort wurden in einer Liste zusammengefasst und am 24. Januar 1919 dem Generalkommando des VII. Armeekorps zugestellt.²⁸ Für den Regierungsbezirk Minden ist ein entsprechendes Verzeich-

19 Stadtarchiv Hagen (ohne Signatur).

20 Stadtarchiv Iserlohn A 2 Nr. 1709 und ergänzendes Material.

21 Christoph Laue, Friedrich Kuhle und die Herforder Zeitung, in: HF-Magazin 19 (1996); ich danke Christoph Laue für weitere Informationen.

22 Stadtarchiv Menden, Protokollbuch der Zentrumspartei 1918–1933.

23 Stadtarchiv Dülmen Lehrerverein Dülmen Nr. 3.

24 Stadtarchiv Paderborn S 1/13/2, fol. 326–366.

25 Stadtarchiv Bottrop B III 2 Nr. 25.

26 Beispiele für Provenienz aus den Räten: Stadtarchiv Bochum WAT 1261–1269; Stadtarchiv Lünen NA 11/67; Stadtarchiv Menden C 379; Stadtarchiv Recklinghausen III 1888, 1889; Stadtarchiv Soest C 82.

27 Stadtarchiv Warburg D 8715 (Eigenbezeichnung: „Tagebuch“).

28 LAV NRW W Regierung Arnsberg 14464 (alte Archivsignatur I PA 342).

nis ebenfalls erhalten.²⁹ In den Akten der Regierung Münster fehlt ein Pendant; Ersatz bieten hierfür die Landratsämter.

Als Krisenmanager müssen uns die Landräte in Westfalen interessieren. Ohne sie abschließend charakterisieren zu wollen, lernen wir mindestens zwei Typen kennen. Einige Landräte verhielten sich defensiv, überließen alles den lokalen Behörden und verstanden sich nur als Briefträger in Richtung Bezirksregierung. Andere interpretierten ihre Funktion offensiv, sie wollten aktiv auf die Verhältnisse dieser Umbruchzeit einwirken. Landräte in Industriegebieten versuchten dies zumindest, wurden aber, wie im Landkreis Dortmund der Landrat Overweg, vom Arbeiter- und Soldatenrat an die Wand gedrückt.³⁰ Wahrscheinlich waren den Landräten außerhalb des Ruhrgebiets 1918/19 größere Handlungsspielräume gegeben, u. a. in ihren Nebenfunktionen als Vorsitzende der Landwirtschaftlichen Kreisvereine oder als regionale Demobilmachungskommissare. Der Unnaer Landrat Karl Schulze-Pelkum (1860–1939) stand Parte beim Versuch, eine regionale Bauernratsbewegung zu gründen; der Warburger Landrat Ferdinand Schorlemmer (1870–1935) schaltete sich direkt in Angelegenheiten des Arbeiter- und Soldatenrats an seinem Amtssitz ein; der Bülrener Landrat Adolf Winkelmann (1875–1951) baute ein Netz von „Volksausschüssen“ im Kreis auf und setzte sie für die Demobilmachung ein.³¹ Entsprechend reichhaltig sind die Informationen in den von diesen Landräten geführten Akten.³²

Die Rätebewegung im Ruhrgebiet wurde vor allem von Bergleuten und ihren gewerkschaftlichen Vertretern getragen. Deshalb sind die Akten der Bergverwaltung für unser Thema relevant. Das Oberbergamt Dortmund, dessen Bestände in der Abteilung Westfalen der Landesarchivs NRW liegen, war wegen der Streiks der Bergleute und der Sozialisierungskampagne unmittelbar involviert. Es ließ sich von den Bergämtern berichten, deren Akten gleichfalls heranzuziehen sind.³³

In Lippe fand der Übergang vom Fürstentum zum Freistaat 1918/19 in einer anderen Situation als in Preußen statt. Die Zwischenschritte von Berlin bis zu den Ortsbehörden entfielen, der lippische Volks- und Soldatenrat ersetzte die Landesregierung bis zu den Neuwahlen; er hatte schnell das Gesetz des Handelns an sich gezogen. Lokale Räte spielten in Lippe keine Rolle. Die im Landesarchiv NRW Abteilung Ostwestfalen im Bestand L 75 I erhaltenen Korrespondenzakten des Volks- und Soldatenrats belegen die intensive Verwaltungsarbeit des Volks- und Soldatenrats.

Ein viel zu wenig beachteter Aspekt des Revolutionsgeschehens ist seine spätere Aufarbeitung durch die Justiz, deren Akten im Landesarchiv liegen. Zu unterscheiden ist zwischen straf- und zivilrechtlichen Fällen. Strafrechtliche Fälle behandelten die nach dem Strafgesetzbuch zu verfolgenden Aktionen. Die zweite Welle der Revolution mit ihren gewaltsamen Auseinandersetzungen führte zu zahlreichen Prozessen. Die einschlägigen Akten liefern reichlich Material. So sind im Bestand Landgericht/Staatsanwalt-

schaft Essen im Landesarchiv NRW Abteilung Rheinland zwei überregional bedeutende Prozesse zu finden, die die Revolutionsgeschehen in Dorsten und Bottrop betreffen. Sogenannte Parteiakten hat die Stadt Witten gebildet, die bis 1922 mit der Schadensabwicklung nach den bewaffneten Auseinandersetzungen im März 1919 befasst war.³⁴ Durch Zufall ist eine Akte aus der militärischen Gerichtsbarkeit in Dülmen an die Stadt abgegeben worden und daher heute im Stadtarchiv zu finden.³⁵

Zentralstaatliche Überlieferungen

Die zentralstaatliche Überlieferung ist von der regional- und lokalgeschichtlichen Forschung aus Westfalen bisher kaum ausgewertet worden. Dies war vor allem der deutschen Teilung und dem Anspruch der DDR geschuldet, ein Monopol auf die Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts zu besitzen. Bestände der ehemaligen Deutschen Zentralarchive (DZA I und II) in Potsdam bzw. Merseburg (später Zentrales Staatsarchiv der DDR I bzw. II) waren deshalb für Bürger der alten Bundesrepublik nur schwer zugänglich. Da diese Hindernisse heute nicht mehr bestehen, waren wichtige Ergänzungen zu den Beständen im Landesarchiv und in den Kommunalarchiven zu erwarten. Folgender Befund ist festzuhalten:

Die Überlieferung des Deutschen Reiches zur Revolution 1918/19 hat das *Bundesarchiv* heute in seiner Dienststelle in Berlin-Lichterfelde konzentriert. Es hat dabei eine Aufteilung aus der Zeit der DDR rückgängig gemacht, als mehrere Bestände aus dem DZA I in das Zentrale Parteiarchiv der SED überführt wurden.³⁶ Darunter war auch der Bestand „Informationsstelle der Reichsregierung“ (heute BA R 705). Sie dokumentiert die Überlieferung der am 8. November 1918 noch durch das Kriegskabinett geschaffenen „Inneren Zentralstelle zur Sammlung von Nachrichten über innere Unruhen“. Davon erhielten alle Behörden im Reich bis zur Ortsebene Kenntnis.³⁷ In diesem Bestand sind Berichte und Anfragen von lokalen und regionalen Behörden sowie von Arbeiter- und Soldatenräten in alphabetischer Serie enthalten. In der Regel handelt es sich um Abschriften von Telegrammen, die aus Westfalen und anderen Teilen des Reiches in Berlin eingingen. Besonders dicht sind die Informationen in einem Band mit Meldungen des General-

29 LAV NRW OWL M 1 I P Nr. 562.

30 LAV NRW W Kreis Dortmund Landratsamt Nr. 816.

31 Zu diesen Landräten vgl. Dietrich Wegmann, Die leitenden staatlichen Verwaltungsbeamten der Provinz Westfalen 1815–1918, Münster 1969, S. 328f., 347f.

32 LAV NRW W Kreis Unna Landratsamt Nr. 95; Stadtarchiv Warburg D 6471, 6472; Kreisarchiv Paderborn Büren A 1036, 1279, 1280, 1394–1397, 1399, 1400.

33 LAV NRW W Oberbergamt Dortmund Nr. 1791–1794, 1854; Bergämter Nr. 5723, 5875, 5876, 7530, 7657, 7686, 7738, 9091.

34 Stadtarchiv Witten 1.16.16 (2 Bde.), 1.16.17.

35 Stadtarchiv Dülmen By 12.

36 Diese Situation beschrieb der amerikanische Historiker Robert Wheeler, Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Archiven der DDR, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung 9 (1969), S. 25–66, 26–28.

37 LAV NRW W Kreis Beckum Landratsamt 18; Kreis Borken Landratsamt Nr. 82.

kommandos in Münster zur Lage im Ruhrgebiet im Januar/Februar 1919, darunter auch die spartakistische Besetzung von Bottrop am 22./23. Februar.³⁸ Eine zweite serielle Überlieferung mit lokalen und regionalen Bezügen ist in den Akten der Reichskanzlei zu finden.³⁹ Sie enthält Anfragen von Behörden und Räten, häufig per Telegramm, aber auch Beschwerden von Privatleuten zur Tätigkeit von Arbeiter- und Soldatenräten.

Unter den preußischen Zentralbeständen im *Geheimen Staatsarchiv Stiftung Preußischer Kulturbesitz*, Berlin-Dahlem (GSTA SPK) kommt dem Bestand Ministerium des Inneren (I. Hauptabteilung Rep. 77) höchste Priorität zu. Das Innenministerium war zusammen mit dem Finanzministerium federführend. Es bildete im November 1918 eine neue Aktengruppe unter dem Titel „Kommunale Arbeiter- und Soldatenräte“. Die Generalia (Tit. 1373) und Specialia (Tit. 1373a) dieser Aktengruppe, für die ein eigenes Briefeingangsjournal galt, sind noch heute als Klassifikationsmerkmal der Findbücher erhalten. Die Aktentitel, die auf Westfalica durchgesehen wurden, sind in der Dokumentation der Archivbestände im Einzelnen aufgeführt. Im Regelfall enthalten die Akten Berichte der Bezirksregierungen oder Kommunen, aber keine Schreiben von Arbeiter- und Soldatenräten. Für unsere Belange sind z. B. die Akten zu den Kosten der Arbeiter- und Soldatenräten aufschlussreich.⁴⁰ Wenig ergiebig war eine Durchsicht des Bestandes Jüngere Staatskanzlei (I. HA Rep. 90a). Eine Akte darin hat aber eine zentrale Bedeutung für die Aufarbeitung der Unruhen im Ruhrgebiet zwischen Januar und März 1919.⁴¹ Sie dokumentiert die Arbeiten des Untersuchungsausschusses in der preußischen verfassunggebenden Versammlung. Das Innenministerium hatte das Material für den Ausschuss bereits im April 1919 bei den nachgeordneten Behörden angefordert.⁴² Behandelt wurden im Detail Dortmund, Ickern, Hagen, Bochum, Buer, Hervest-Dorsten, Bottrop, Gladbeck und Horst-Emscher. Im Untersuchungsausschuss saßen u. a. die Abgeordnete Freymuth (Hamm) und Brust (Buer). 1921 erschien der Bericht des Ausschusses in der Sammlung der Drucksachen der preußischen verfassunggebenden Versammlung.⁴³

Das *Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam* erwarb 1938 das Archiv des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik von der Exil-SPD, die die Bestände in ihr Parteiarchiv übernommen hatte. 1955 verzeichnete der deutsche Historiker und Politologe Erich Matthias (1921–1983) die Bestände. Sie wurden allgemein bekannt, nachdem Eberhard Kolb und Reinhard Rürup die Protokolle des Zentralrats 1968 ediert hatten.⁴⁴ Der Hinweis des Instituts in der Beschreibung, dass der Bestand Korrespondenz mit Arbeiter- und Soldatenräten mit zahlreichen Orten in Deutschland enthalte, hat bisher jedoch noch nicht zur intensiven Benutzung durch die regionale Forschung geführt. Westfälische Arbeiter- und Soldatenräte kommen vor allem in den beiden Serien B 12 und B 20 vor. B 12 behandelt Grundsatzfragen, B 22 Beschwerden über einzelne Räte durch Privatpersonen. Zur Zeit werden

sie in Amsterdam als Mikrofilm ausgegeben, ihre Digitalisierung ist geplant.

(Verlorene) Militärarchive

Bekanntlich ging das preußische Heeresarchiv im Zweiten Weltkrieg unter, mit ihm auch die Akten des (stellvertretenden) Generalkommandos des VII. Armeekorps in Münster, das für den größeren Teil Westfalens und das westliche Ruhrgebiet zuständig war. Der Münsteraner Stadtarchivar Eduard Schulte konnte die Bestände 1933 noch auswerten.⁴⁵ Sie gewinnen dadurch weit über Münster hinaus den Charakter einer Ersatzüberlieferung. Allerdings sind Schultes Dokumentationen angesichts der Voreingenommenheit gegenüber den Räten mit Vorsicht zu behandeln. Was edierte er, was ließ er weg? Überprüfungen sind anhand der Gegenüberlieferung möglich. Ein großer Fundus von Korrespondenzen des Generalkommandos ist in den Archiven Nordrhein-Westfalens zu finden. Denn alle Erlasse, Zirkulare und sonstiges Schriftgut wurden über die Regierungen und Landräte an jedes Amt und an jede Kommune weitergeleitet. So hatte das Generalkommando am 16. November 1918 in einer Rundverfügung von allen Landräten, Polizeibehörden und Bürgermeistern „ein inniges Zusammenarbeiten“ und tägliche Berichte per Telefon oder Telegramm angefordert.⁴⁶ Selbst im Erzbischöflichen Archiv Paderborn ist in den Acta Generalia reicher Schriftverkehr zwischen dem Generalkommando und dem Generalvikariat aufbewahrt.⁴⁷ Trotz solcher Möglichkeiten, die aus Empfängerüberlieferungen erwachsen, wird es schwierig bleiben, den gesamten Militärapparat in Westfalen angemessen zu erfassen, der im November/Dezember 1918 wegen der Demobilmachung die Verhältnisse ständig im Fluss war. Eine ungefähre Vorstellung von diesem Apparat und den Soldatenräten liefern die Wahlvorschriften, die mehrfach erlassen wurden, zuletzt sehr ausführlich im März 1919 anlässlich der Neuwahl der Soldatenräte.⁴⁸ Das Korps-Verordnungsblatt für den Bereich des VII. Armeekorps druckte alle Verordnungen über Organisation und Funktionen der militärischen Einrichtungen und der Soldatenräte ab.⁴⁹

38 Bundesarchiv R 705 Nr. 35.

39 Bundesarchiv R 43 Nr. 2486, Bd. 1–17.

40 GSTA PK I. HA Rep. 77 Tit. 1373a Nr. 4, fol. 90v–91.

41 GSTA PK I. HA Rep. 90A Nr. 3793.

42 Urmaterial für den Bericht ist deshalb in LAV NRW W Regierung Arnberg 14464, fol. 126 ff. zu finden, der Auftrag zur Sammlung ebd. 14427, fol. 47.

43 Bericht des Untersuchungsausschusses über die Ursachen und den Verlauf der Unruhen im Rheinland und in Westfalen in der Zeit vom 1. Januar bis 19. März 1919, in: Sammlung der Drucksachen der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung 1919/21, Berlin 1921, S. 5585–5673 Drucksache Nr. 3228.

44 Eberhard Kolb/Reinhard Rürup (Bearb.), Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 19.12.1918–8.4.1919, Leiden 1968.

45 Eduard Schulte, Münstersche Chronik zu Novemberrevolution und Separatismus, Münster 1936; ders., Münstersche Chronik zu Spartakismus und Separatismus Anfang 1919, Münster 1939.

46 Zitiert nach der Fundstelle in LAV NRW Kr. Borken Landratsamt 82, fol. 6–7.

47 Erzbischöfliches Archiv Paderborn XXIII, 10.

48 Vorhanden u. a. in Kreisarchiv Paderborn Büren A 1400.

49 Korps-Verordnungsblatt (K.-V. Bl.) für den Bereich des VII. Armeekorps, 3. Jg., 1919 (vorhanden in ULB Münster H³ 2051; Der Band zu 1918 fehlt).

Wirtschafts-, Kirchen-, Adels- und Hochschularchive

Die regionalgeschichtliche Erforschung der Revolution begann 1928 mit einer Auswertung von Archivgut der Wirtschaft. Hans Spethmanns Darstellung „Zwölf Jahre Ruhrbergbau“ griff für die Zeit bis April 1919 nach eigener Auskunft auf 24 laufende Meter Akten von Zechenverwaltungen und des Zechenverbandes zurück.⁵⁰ Da er keine Quellenangaben machte, sind seine Angaben nicht mehr genau zu überprüfen. Wir dürfen aber davon ausgehen, dass ein Teil der von ihm benutzten Akten heute im Deutschen Bergbauarchiv Bochum (DBA) liegen. Die Akten des Zechenverbandes sind heute im Bestand BBA 14 zu finden. Akten der damaligen Zechenverwaltungen sind in BBA 20 (Krupp-Zechen, vor allem Hannover-Hannibal), BBA 32 (Hibernia) und BBA 35 (Schachtanlagen Emscher-Lippe) zu finden. Wegen der Reaktion der Unternehmensseite auf Streiks und des Umgang mit Arbeiterräten sind sie vor allem für die Ruhrgebietsforschung unentbehrlich. Das gilt wegen der Bottroper Zechen auch für die Akten aus dem Bestand Arenberg AG im Westfälischen Wirtschaftsarchiv Dortmund (WWA F 35). Die Reaktion der südwestfälischen Metallindustrie auf die Revolution einschließlich der Verhandlungen mit Arbeiterräten belegen in Dortmund die Hüstener Gewerkschaft (WWA F 65) Bestände Vereinigte Deutsche Nickelwerke in Schwerte (WWA F 79). Hinzu kommen Akten der westfälischen Handelskammern.⁵¹

Unter den *Kirchenarchiven* fallen im Bistumsarchiv Münster die Zentralbehörden wegen der Kriegsverluste für unsere Fragestellungen aus. Im Erzbischöflichen Archiv Paderborn sind in den Acta Generalia zwei Klassifikationsgruppen aufschlussreich. Die Gruppe „Krieg“ (XXIII) spiegelt die Kontakte des Erzbistums mit den Militär- und Zivilbehörden zwischen 1914 und 1918 wider. Die Gruppe „Politik“ (XXI) belegt die Vernetzung der katholischen Kirche mit der Zentrumsparterie, vor allem im Januar-Wahlkampf 1919. Die strukturellen Schwierigkeiten, das Revolutionsgeschehen in Archivalien der evangelischen Kirche in Westfalen wiederzufinden, hat Dirk Bockermann in seiner grundlegenden Bochumer Dissertation erklärt.⁵² In Anlehnung an Bernd Hey meinte er, „im Archiv ist unsere Kirche Pastorenkirche“. Dort sei kein Material über die Haltung von Laien zu finden. Sein Hauptmaterial sind Lebenserinnerungen und Publikationen von Pastoren, die Kirchenpresse, die Synodalakten des Landeskirchenarchivs, vor allem aber die Gemeindearchive. Hohen Quellenwert wegen der Reaktionen auf die Revolution besitzen die Verhandlungen der Kreissynoden, die in gedruckter Form für die einzelnen Kirchenkreise publiziert wurden.⁵³

Die Überlieferungschancen sowie die Spezifik der *Adelsarchive* hat die 2015 erschienene Auswahledition „Adel im Krieg“ deutlich gemacht.⁵⁴ Vor allem Tagebücher und Briefe spiegeln „Lebenswirklichkeit und individuelles Handeln Adeliger, adelige Wahrnehmungen und Mentalitäten unter Kriegsbedingungen in ihrer ganzen Individualität und Vielfalt“ wider. Den tendenziell eher privaten Aufzeichnungen

sind zwei weitere Themenbereiche hinzuzufügen, die sich in Adelsarchiven niederschlagen: Politik und Wirtschaft. Zwei Beispiele müssen hier reichen. Der Nachlass von Engelbert Frhr. Kerckerinck zur Borg im LWL-Archivamt für Westfalen dokumentiert dessen politische Aktivitäten am Ende des Kaiserreichs und zu Beginn der Weimarer Zeit. Wirtschaftliche Interessen des Adels waren 1918/19 gefährdet. Korrespondenz zur Verteidigung oder Sicherung des Besitzes schlugen sich in den Registraturen der Rentkammer nieder. Deshalb ist die zentrale Akte über die Auswirkungen der Revolution im Wittgensteiner Land in einer Akte der Berleburger Rentkammer zu finden, in der sich der Konflikt zwischen der Standesherrschaft und den Veränderungen seit November 1918 in voller Breite niederschlug.⁵⁵

Das *Universitätsarchiv Münster* verwahrt in seinen Beständen „Kriegsakten“ auf, in denen schon die Umbruchzeit reflektiert und diskutiert wird, vor allem die Pläne von Rektor Otto Hoffmann zur Trennung von Staat und Kirche und die Auswirkung auf die höheren Schulen.⁵⁶

Archivisches Sammlungsgut

Die Bedeutung des archivischen Sammlungsguts aller Sparten für eine Regionalgeschichte der Revolutionszeit 1918/19 muss nicht ausführlich begründet werden.⁵⁷ Es ergänzt Archivsparten übergreifend die oft lückenhafte amtliche Überlieferung und ist ein unverzichtbarer Teil des Quellenkorpus.

Zeitungen und andere Periodika

Zeitungen hat Tampke – gemeinsam mit kommunalen Akten – in ihrer Authentizität höher eingestuft als die Überlieferung auf zentraler staatlicher Ebene.⁵⁸ Diesem „Ranking“ ist zuzustimmen. Aber es ist vor einem allzu naiven Umgang mit der Lokalpresse zu warnen. Allein aus dem Referat der Inhalte von Zeitungen, die am 9. November 1918 und danach erschienen, lässt sich das Revolutionsgeschehen vor Ort nicht rekonstruieren. Bei der Benutzung der

50 Hans Spethmann, *Zwölf Jahre Ruhrbergbau*. Aus seiner Geschichte vom Kriegsbeginn bis zum Franzosenabmarsch 1914–1925, Bd. 1: Aufstand und Ausstand bis zum zweiten Generalstreik April 1919, Berlin 1928, S. 11.

51 Vor allem WWA K 1 Nr. 520; K 5 Nr. 1467, 1608.

52 Dirk Bockermann, „Wir haben in der Kirche keine Revolution erlebt“. Der kirchliche Protestantismus in Rheinland und Westfalen 1918/19, (Diss. Bochum 1994), Köln 1998, S. 2, 39f., passim.

53 Benutzt wurde ein Sammelband mit allen Synodalverhandlungen im Institut für westfälische Kirchengeschichte, Münster, Bibliothek Sy II 75–1919.

54 Marcus Stumpf (Hrsg.), *Adel im Krieg*. Quellen zum Ersten Weltkrieg aus westfälischen Adelsarchiven (Vereinigte Westfälische Adelsarchive e.V., Veröffentlichungen 19), Münster 2015.

55 Fürstliches Archiv Bad Berleburg, Akten C, Nr. 4571.

56 Universitätsarchiv Münster Best. 4 Nr. 1315.

57 Der Westfälische Archivtag 2011 widmete sich den archivischen Sammlungen in Kommunalarchiven; vgl. dazu Marcus Stumpf, Nichtamtliche Überlieferung in Kommunalarchiven zwischen archivwissenschaftlicher Theoriebildung und Archivierungspraxis, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe* 75 (2011), S. 20–24. Aus staatlicher Sicht: Martina Wiech, Überlieferungsprofil für das nichtstaatliche Archivgut im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, in: *Archivar* 64 (2011), S. 336–341.

58 Tampke (wie Anm. 15), S. 193, 199f.

lokalen und regionalen Tagespresse sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Die Erscheinungsweise. Wie die Berichte über die Revolutionsereignisse Verbreitung fanden, hing von den Erscheinungsterminen der Zeitungen ab. Pro Woche konnten vierzehn Ausgaben (z. B. „Münsterische Anzeiger“), aber auch nur zwei Ausgaben („Wittgensteiner Kreisblatt“) erscheinen. Entsprechende Verzögerungen stellten sich ein. Zeitverzug bleibt auch für die folgenden Monate zu beachten. Weiterhin ist die Papierknappheit in Rechnung zu stellen, die noch bis in das Jahr 1919 kurzfristig zu Ausfällen einzelner Ausgaben oder zur Reduzierung der Seitenzahl zwang.
- Die Platzierung der Beiträge über das lokale Revolutionsgeschehen. Alle westfälischen Tageszeitungen platzierten die lokalen und regionalen Geschehnisse in der Regel nicht auf der Titelseite. Die blieb meistens dem überregionalen Geschehen vorbehalten. Nur ausnahmsweise rückte ein regionales oder lokales Ereignis an die erste Stelle. Noch größeren Seltenheitswert besaßen lokal verfasste Zeitkommentare, wie sie vor allem der Redakteur J. Friedrichs in der „Ahlener Volkszeitung“ abzuliefern pflegte. Lokale und regionale Nachrichten wurden weiter hinten abgedruckt. Sie erschienen meistens unter eigenen Rubriken wie „Aus Stadt und Land“ oder „Lokales“ bzw. „Provinzielles“, „Aus Rheinland und Westfalen“ oder ähnlich. Das Verbreitungsgebiet einer Zeitung bestimmte, in welchem Ausmaß lokale Ereignisse dokumentiert wurden.
- Umfang und Öffnung für Leserbriefe und Anzeigen. Der Umfang der Lokalberichterstattung und der Abdruck von Leserbriefen waren abhängig vom Gesamtvolumen der Zeitung. Ob die Leser ihre Zeitungen freilich als Foren für Meinungsäußerungen nutzen konnten, hing nicht nur vom Gesamtvolumen, sondern vor allem von der Bereitschaft der Redaktionen ab, eventuell abweichende Meinungen zuzulassen. Zum Leserbrief bot sich eine Alternative: die Anzeige. Die Anzeigenteile lieferten 1918/19 eine Fülle von Informationen, weil die Arbeiter- und Soldatenräte hier Aufrufe und Bekanntmachungen veröffentlichten. Aber auch die Gegenrede gegen einzelne Artikel fand hier Platz. Dies hatte auch ökonomische Gründe. Während des Wahlkampfes im Dezember 1918 und Januar 1919 öffneten sich viele Zeitungen für Annoncen auch solcher Parteien, die nicht vom Verleger favorisiert wurden.
- Parteipolitische Orientierung. Dringend beachtet werden muss, dass die lokale und regionale Presse schon im Kaiserreich parteipolitisch orientiert war. Spätestens während des Wahlkampfes 1918/19 fiel dies auf. Mochte der Anzeigenteil noch von anderen Parteien gegen Bezahlung genutzt werden können – im redaktionellen Teil machte eine Zeitung aus ihrer politischen Option kein Hehl. Zeitungen waren Instrumente zur Mobilisierung der Leserschaft und damit von Parteimitglie-

**Arbeiter-, Bauern- u. Soldatenräte
des Kreises Wittgenstein.**
Am Donnerstag den 2. Januar, vormittags
10 Uhr findet im Saale des Gastwirts Dieckgräbe in
Erndiebrück eine
Versammlung
der Mitglieder der A., B. und S.-Räte des Kreises
statt. Auf der Tagesordnung steht:
1. Bericht des Vollzugsausschusses über die seitherige
Tätigkeit und Wohl eines Schriftführers,
2. Stellungnahme zum Antrag „Aufteilung bezw. Ab-
lösung der Behausgüter der beiden Markt. Häuser im
Kreise.“ Hierzu Referat des Herrn Rechtsanwalts
Dr. Schäding, Dortmund,
3. Stellungnahme zu den bevorstehenden Wahlen zur
Nationalversammlung. Hierzu Referat des Herrn
Arbeitersekretärs Bogowsky, Iserlohn,
4. Verschiedenes.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es unbe-
dingte Pflicht eines jeden Mitglieds, anwesend zu sein.
Ebenfalls bitte ich die Vertreter der Presse um ihr Er-
scheinen.
Berleburg, den 24. Dezember 1918.
Der Vollzugsausschuss der Arbeiter-, Bauern-
und Soldatenräte.
Aug. Wald.

Sonntag, 5. Januar 1919, abends 7¹/₂ Uhr
findet im Lokale des Herrn Ludwig Koch
in **Laasphe** eine
öffentliche
Volksversammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Die politische Lage;
2. Die Notwendigkeit zur Organisation.
**Frauen und Mädchen! Heraus! Ohne Unter-
schied des Standes, als Wählerinnen zur National-Ver-
sammlung seid Ihr zu dieser Versammlung eingeladen.**
Bekundet durch Massenbesuch, daß Ihr das Recht, das
Euch durch die Revolution gegeben wurde, auch auszunutzen
versteht.
Referent: Bezirksleiter Ehlerz, Frankfurt a. M.
Freie Diskussion.
Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
Der Einberufer.

Zeitungsausschnitt Wittgensteiner Kreisblatt 28. Dezember 1918: Tagesordnung der Versammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerräte; darunter: Anzeige für eine Volksversammlung (Quelle: LAV NRW W, Plakatsammlung 2441v)

dern und Wählern. Die Zeitungslandschaft Westfalen war am Ende des Ersten Weltkriegs deshalb hochgradig politisiert.

Eine Überlieferungsform von Zeitungen sind Zeitungsausschnitt-Sammlungen, die die Provenienzbildner selbst formiert haben und deshalb in den Archiven zu finden sind.⁵⁹ Charakteristisch war eine Verfügung des Herforder Landrats vom 13. November 1918, der alle Berichte über die Ar-

⁵⁹ Vgl. zum Boom der Sammlungen während der Kriegszeit Anke te Heesen, Der Zeitungsausschnitt. Ein Papierobjekt der Moderne, Frankfurt 2006.

beiter- und Soldatenräte im Kreis, deren Bekanntmachungen oder Anzeigen sehen wollte. Die Zeitungsausschnitte waren aufzukleben und als Akte anzulegen.⁶⁰ Wir finden Zeitungsausschnitt-Sammlungen 1918/19, entweder separat oder in die Akten integriert an unterschiedlichen Stellen, z. B. beim Regierungspräsidenten Bake in Arnsberg, beim Amtmann Kuckelmann in Hervest-Dorsten oder bei Zechenverwaltungen im Ruhrgebiet.⁶¹

Für die Erforschung des lokalen Revolutionsgeschehens hat die breite politische Fächerung der Zeitungslandschaft einige Konsequenzen. Es darf nie nur *eine* Zeitung mit ihrer individuellen parteipolitischen Ausrichtung herangezogen, vielmehr müssen zwingend konkurrierende Blätter gesichtet werden. Umso notwendiger ist es zu prüfen, ob für die Stichjahre 1918 und 1919 die Zeitungen vollständig vorliegen. Sowohl einzelne Nummern, aber auch ganze Jahrgänge fehlen. Einige Zeitungen wie die „Huxaria“ aus Höxter, die „Erndtebrücker Zeitung“ oder die „Grenzwarthe“ aus Gronau sind nur noch in Einzelausgaben in Akten erhalten. Schmerzlich ist der Verlust besonders, wenn damit die einzige Tageszeitung eines Ortes ausfällt. Dann entfällt die Möglichkeit, deren Berichterstattung durch parallele Benutzung nebeneinander zu überprüfen.

Mehrere publizistische Sonderformen können Quelle für die regionale Revolutionsforschung sein. Unter den Zeitschriften der Gewerkschaften und Berufsverbände kommt der „Bergarbeiter-Zeitung“ aus Bochum und dem „Bergknappen“ aus Essen für das Ruhrgebiet zentrale Bedeutung zu.⁶² Die erstgenannte Zeitung war ein Organ des sozialdemokratischen „Alten Verbandes“, die zweite wurde vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands herausgegeben. Beide Gewerkschaftszeitungen liefern für die Geschichte des Ruhrgebiets 1918/19 wichtige Informationen. Der „Westfälische Bauer“ als Organ des zentrumsnahen Westfälischen Bauernvereins und die „Landwirtschaftlichen Zeitung für Westfalen und Lippe“ müssen für die Geschichte der Agrarpolitik und der Bauernräte zu Rate gezogen werden.

Nachlässe

Lücken in der amtlichen Überlieferung hoffen Forscher durch private Nachlässe schließen zu können. Insbesondere für die Geschichte der politischen Parteien, deren Akten die NS-Zeit und den Zweiten Weltkrieg in der Regel nicht überdauert haben, sollen sie als Ersatz dienen.⁶³ Bei den Recherchen in westfälischen Archiven fragte der Bearbeiter regelmäßig nach Nachlässen, die die Zeit um 1918 abdecken. Parallel dazu suchte er in der Zentralen Datenbank des Bundesarchivs (www.nachlassdatenbank.de) nach Nachlässen prominenter westfälischer Politiker. Als Sample wurden die ersten fünf Personen genommen, die jeweils auf den Listen der Parteien in den Wahlkreisen Westfalen-Nord und Westfalen-Süd bei den beiden Januar-Wahlen 1919 kandidierten. Der Befund fiel sehr ernüchternd aus, denn nur ganz wenige Nachlässe bieten Material zur Umbruchzeit vom Kaiserreich zur Republik. Der Nachlass von Carl Severing

im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AdsD), ist vom Quellenwert am höchsten einzustufen, denn mehrere Mappen belegen seine Tätigkeit als Redakteur und Vorsitzender des Volksrats in Bielefeld und Staatskommissar 1918/19. Zwei Archiveinheiten dürften sogar aus der Provenienz des Arbeiter- und Soldatenrats Dortmund stammen, dessen Räume Severing im April 1919 als Staatskommissar in der Kielstraße bezog.⁶⁴ Der Nachlass des christlichen Gewerkschaftsführers Heinrich Imbusch im Bochumer „Archiv der sozialen Bewegungen“ umfasst elf Archivalieneinheiten zum Kriegsende und im Wahlkampf 1919.⁶⁵ Imbusch kandidierte als Nr. 1 für das Zentrum im Wahlkreis Westfalen-Süd. Weitere vorhandene Nachlässe sozial- und christdemokratischer Politiker, die bereits 1918/19 aktiv waren, setzen in der Regel erst nach 1945 ein. Der große Nachlass von Reinhard Mumm (DNVP) im Bundesarchiv, Dienstort Berlin-Lichterfeld, umfasst 692 Archivalieneinheiten. Darin sind Schriftwechsel zur Konstituierung der DNVP und ihre Verankerung im südlichen Westfalen bis 1920 enthalten.⁶⁶ Am Dienstort Koblenz hält das Bundesarchiv mit dem Nachlass Karl Herold (N 1176) wichtiges Material für die Neuaufstellung 1918/19 bereit.

Ist dieser Befund in der Gesamtheit insgesamt enttäuschend, so muss umso mehr der Nachlass Severin im Stadt- und Landständearchiv Arnsberg überraschen. Ernst Heinrich Severin (1886–1938) vertrat das Zentrum in der Hüstener Amtsversammlung und im Arnsberger Kreistag und legte seit etwa 1914 eine Dokumentation zur lokalen Politik-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte mit 240 Archivalieneinheiten an, die den Umbruch 1918/19 widerspiegeln.⁶⁷ Vergleichbare Nachlassbestände hat der Bearbeiter zur Weimarer Republik in westfälischen Archiven nicht gefunden.

Plakate

Die Bedeutung von Plakaten und Flugblättern war möglicherweise nie größer als im November 1918.⁶⁸ Die sich überschlagenden Nachrichten über den Waffenstillstand,

60 Kommunalarchiv Herford Kreisarchiv Herford A 84.

61 LAV NRW W Regierung Arnsberg 14464; Stadtarchiv Dorsten D 1985; DBA 32/4353, 32/4354, 32/4283.

62 Eine Auswertung der Gewerkschaftszeitungen erfolgte u. a. durch Manfred Dörnemann, Die Politik des Verbandes des Bergarbeiter Deutschlands von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Bochum 1966.

63 Am Beispiel der Zentrumspartei Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 21.

64 AdsD Nachlass Carl Severing Mappe 60, 65–70; aus der Provenienz des Dortmunder Arbeiter- und Soldatenrats Nr. 66/67.

65 Haus der Geschichte des Ruhrgebiets, Archiv für soziale Bewegungen, Nachlass Imbusch Nr. 584–594.

66 Bundesarchiv NL 2203 (Mumm) Nr. 276, 277, 315, 321.

67 Der Bestand ist durch ein publiziertes Findbuch mit Vorwort von Michael Gosmann erschlossen: Bärbel Köhler/Peter Scheiwe, Nachlass Ernst Severin und Nachfahren, Hüsten, Arnsberg 2005.

68 Vgl. Gabriele Unverferth, Vom „perfiden Albion“ zum „Cordon Douanier“. Plakate und Flugblätter als Instrument der politischen Propaganda – Beispiele aus dem Westfälischen Wirtschaftsarchiv, in: Karl-Peter Ellerbrock (Hrsg.), Erster Weltkrieg, Bürgerkrieg und Ruhrbesetzung. Dortmund und das Ruhrgebiet 1914/18–1924, Münster 2010, S. 121–196 (mit weiteren Literaturnachweisen).

die Abdankung des Kaisers, die Ausrufung der Republik und die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten wurden vor allem über Maueranschläge und Aushänge kommuniziert. Die Zeitungen kamen oft zu spät, falls sie nicht Sonderausgaben herausgaben. Gerade die lokalen Arbeiter- und Soldatenräte bedienten sich der Plakate und Flugblätter, um von ihrer Einsetzung, ihren politischen Ziel und Anordnungen Mitteilung zu machen. Eine weitere Hochzeit der Plakatierung 1918/19 setzte vor den Wahlen im Januar 1919 ein. Im Unterschied zur Werbung für Krieganleihen oder zur politischen Propaganda der späteren Weimarer Republik (z. B. im Ruhrkampf) hielt sich die graphische Gestaltung der Plakate in Grenzen. Die Herausgeber der Plakate, die Arbeiter- und Soldatenräte oder die Parteien, legten weniger Wert auf die Optik als auf die Inhalte, die durch Unterschiede im Satz und möglichst eingängige Parolen schnell vermittelt werden sollten. Plakate sind sowohl in den einschlägigen Akten als auch in archivischen Selekten zu finden, weil sie wegen der schlechten Papierqualität keine Faltung vertragen. Aus heutiger Sicht ist der reine Informationsgehalt der Plakate 1918/19 auf lokaler Ebene allerdings nicht allzu hoch zu veranschlagen, weil die Zeitungen die meisten Bekanntmachungen vollständig oder gekürzt nachdruckten.

Fotografien

Mit dem „Visual Turn“ der Geschichtswissenschaften nach dem Jahr 2000 bekamen Fotografien einen neuen Stellenwert.⁶⁹ Der Konstanzer Historikertag im Jahr 2006 lieferte unter dem Motto „Geschichtsbilder“ eine Fülle von Anregungen zum methodischen Umgang mit Fotos und Filmen. In der Landes- und Regionalgeschichtsschreibung ist der „Visual Turn“ längst angekommen.⁷⁰ Zwei aufwendige Bände dokumentierten 1988 und 1989, wie die Revolutionstage in München und Berlin in Bildern festgehalten wurden.⁷¹ In einem einleitenden Essay bemerkte damals Diethart Kerbs, wie wenig über Fotos aus anderen Städten bekannt sei.⁷² Eine Ausnahme machte in Westfalen der Münsteraner Stadtarchivar Eduard Schulte. Seine selbstgeschossenen Fotos stellte er bereits im November 1933 im Friedenssaal aus und veröffentlichte sie in den beiden schon erwähnten Chroniken 1936 und 1938.⁷³ Gerade mit Blick auf die Bilderfülle aus München und Berlin stellte sich die Frage, ob in Westfalen Schulte die Ausnahme oder die Regel war. Weiter ist zu fragen: Wie groß war das Bedürfnis bei Zeitgenossen nach Bildern von der Revolution? Und: Falls es Bilder gab, welche Botschaften vermittelten sie? Zu diesen Leitfragen lieferte die Sichtung von Sammlungen in Westfalen und im westlichen Ruhrgebiet wenig Material.⁷⁴ Einiges spricht dafür, dass der Mangel an erhaltenen Fotografien eher ein Produkt des Zufalls bei der Überlieferung als ein Desinteresse an Fotografien war. Der Weltkrieg hatte sowohl die professionelle Fotografie als auch die Massenfotografie der Amateure herausgefordert und gefördert. Den Bildhunger bedienten auch illustrierte Beilagen zu den provinziellen Tageszeitungen. So stattete der

Aschendorff-Verlag in Münster seinen „Münsterischen Anzeiger“ 1918/19 jeden Sonntag mit der Beilage „Das Leben im Bild“ aus. In Warendorf präsentierte der Verlag des „Neuen Emsboten“ am 18. November im Aushang „Bilder aus den Revolutionstagen“.⁷⁵ Ein Anstoß, Fotografien als visuelle Repräsentationen der Zeitgeschichte zu sichern, kam von Heimatvereinen, die sie in ihre Kriegssammlungen aufnehmen wollten.⁷⁶ So wurden in Bielefeld Ende Juni 1918 Bilder und Plakate zur Schau gestellt.⁷⁷ Mittelbar lässt sich der verlorene Reichtum an zeitgenössischen Fotografien in Bielefeld ablesen an den Bildbeschreibungen zu einer Serie zur Novemberrevolution.⁷⁸ Fotografien von der Novemberrevolution stifteten also Erinnerung an besondere Ereignisse. So legte ein unbekannter Kriegsteilnehmer aus Münster ein Album mit dem Außentitel „Aus großer Zeit“ an. Es beginnt mit dem Kriegsanfang 1914 und reicht bis 1919.⁷⁹ Aus dem Jahr 1918 zeigt es die Wahl des Soldatenrats beim Infanterieregiment 13 am 9. November und die Rückkehr der „Dreizehner“ nach Münster am 8. Dezember. Das Jahr 1919 ist vertreten durch Gruppenfotos der Akademischen Wehr und des Korps Lichtschlag sowie von der Plünderung des Kaufhauses Kluxen am 17.6.1919. Diese markante Hungerrevolte in Münster ist von mindestens zwei weiteren Fotografen festgehalten worden.⁸⁰ Ähnliche Ereignisse sind zum Jahr 1919 in Hamm (Plünderung) und Paderborn (Demonstration wegen Lebensmittelknappheit) überliefert.⁸¹

Den einen Strang der fotografischen Überlieferung bilden also Ereignisse, den anderen Gruppenfotos. Arbeiter- und Soldatenräte ließen sich ablichten. Ein Foto des Soldatenrats in Münster sicherte Eduard Schulte wohl schon 1928 im Atelier von F. Hundt Nachfolger.⁸² Zu diesem Zeit-

69 Vgl. Gerhard Paul (Hrsg.), *Visual History. Ein Studienbuch*, Göttingen 2006.

70 Vgl. Volker Jakob/Markus Köster, *Fotografen als Gegenstand der Regionalgeschichte – Eine Einführung*, in: *Westfälische Forschungen* 58 (2008), S. 1–12 sowie die weiteren Beiträge in diesem Band.

71 Rudolf Herz/Dirk Halbrodt (Hrsg.), *Revolution und Fotografie*, München 1918/19: [aus Anlass der Ausstellung München 1918/19, *Die Revolution im Spiegel der Fotografie im Fotomuseum im Münchner Stadtmuseum*, 4.11.1988–12.3.1989], München 1988; Andreas Hallen (Hrsg.), *Revolution und Fotografie*, Berlin 1918/19: [eine Ausstellung der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, 16. Januar – 16. März 1989], Berlin 1989.

72 Diethart Kerbs, *Revolution und Fotografie*, in: Hallen, *Revolution und Fotografie* (wie Anm. 71), S. 15–25.

73 Vgl. Anm. 45.

74 Ruth von dem Bussche, *Fotoüberlieferung und Fotoerbe in Westfalen – Vielfalt einer Archivlandschaft*, in: *Westfälische Forschungen* 58 (2008), S. 43–66.

75 Neuer Emsbote, 18.11.1918.

76 Ravensberger Blätter 18 (1918), S. 41, 50.

77 Jochen Rath, *Der Kriegssommer 1914 in Bielefeld – Otto Zählers „Illustrierte Kriegschronik eines Daheimgebliebenen“*, in: *Ravensberger Blätter* 2011, H. 1, S. 1–17, 8f.

78 Stadtarchiv Bielefeld Best. 300, 10 Nr. 343.

79 Stadtarchiv Münster Fotoalbum 60. Ähnliche Motive sind im Historischen Archiv Krupp, Essen, WA 16 K 36c zu finden. Das Album „Besuche im Geschäftsjahr 1918/19“ dokumentiert Ereignisse zum Revolutionsgeschehen in Essen zwischen November 1918 und April 1919.

80 Stadtarchiv Münster Fotosammlung Nr. 4213, 4318.

81 Maria Perrefort, *Aufbruch im Ruhrgebiet – sozialer und politischer Protest im Ersten Weltkrieg*, in: *An der „Heimatfront“ – Westfalen und Lippe im Ersten Weltkrieg*, Münster 2014, S. 148–169, 151, 168.

82 Stadtarchiv Münster Fotosammlung Nr. 4280; zum Kontext von Schultes Sammeltätigkeit vgl. StA Münster Amt 43 D Nr. 2a.



Bergarbeiterversammlung auf dem Altmarkt in Duisburg-Hamborn im Dezember 1918 (Quelle: LAV NRW W, Fotosammlung 341/1)

punkt gelang es ihm noch, die meisten der abgebildeten Personen zu identifizieren. Für die aus privatem Besitz stammende Aufnahme des Soldatenrats in Warburg ist dies heute nicht mehr möglich.⁸³ Die NSDAP instrumentalisierte in Bottrop 1934 eine Aufnahme des Arbeiter- und Soldatenrats, um dessen „Hauptkanonen“, Mitglieder der SPD und „Erzkommunisten“, an den Pranger zu stellen.⁸⁴ Dieses Foto diente den Gegnern der Revolution als Propagandamaterial. Abschreckung als Motiv darf man auch denjenigen unterstellen, die auf den Schwarz-Weiß-Fotos aus dem November 1918 die roten Fahnen farbig unterlegten. Wir finden sie im Krupp-Archiv in Essen ebenso wie in Schultes Sammlung und wissen sogar in seinem Fall, dass er 1928 die Klischee- und Stempelfabrik Kind jr. in Bielefeld damit beauftragte, die Retuschen auf den Fotos vorzunehmen.⁸⁵

Sachgut

Die Auflistung der Quellen zur Revolution wäre unvollständig ohne die Realien. Viele sind es nicht. Sie können einen hohen Informationsgehalt bekommen, müssen aber in Kontexte eingebettet werden. So stammt die erhaltene weiße Armbinde mit einer roten Fahne, den Buchstaben „A.u.S.R.“ und dem Stempel des Paderborner Arbeiter- und Soldatenrats aus einer Phase der Revolution Anfang November 1918, als das Zentrum in Paderborn noch nicht die Herrschaft zurückerobert und den Arbeiter- und Soldatenrat in Volksrat umbenannt hatte.⁸⁶ Die Farbe der Arm-



Der Arbeiter- und Soldatenrat Rotthausen mit Schrifttafel „Wir haben diesen Krieg nicht gewollt“ (Quelle: Stadtteilarchiv Gelsenkirchen-Rotthausen/Privatbesitz)

binden, ob rot oder weiß, war ein Politikum. In Bielefeld, erinnerte sich der Polizist Kramme, wurden die roten nur eine Woche nach dem 9. November getragen und dann gegen weiße eingetauscht.⁸⁷ Armbinden jedenfalls dürften die am häufigsten erhaltenen Objekte aus der Revolu-

83 Stadtarchiv Warburg ohne Signatur (Repro aus privatem Besitz).

84 Stadtarchiv Bottrop B I 10 Nr. 78 (Foto aus der Nationalzeitung vom 27.4.1934).

85 Stadtarchiv Münster Amt 43 D Nr. 2a.

86 Stadtarchiv Paderborn X 7; Abb. bei Perrefort (wie Anm. 79), S. 164.

87 Stadtarchiv Bielefeld Best. 400,10 Nr. 459.

tionszeit sein.⁸⁸ Unikat ist ein Bild, das in Dorsten erhalten ist. Die Familie Schlotmann, deren Haus an der hölzernen Lippebrücke im Februar 1919 im Zentrum des Gefechts zwischen Freikorps und den revolutionären Arbeitern stand, ließ ein Bild zur Errettung aus großer Not malen. Es steht in der Tradition der barocken Votivbilder. Die Himmelskönigin schickt darauf einen Engel zu Hilfe, dessen Blitzstrahl den eines Ungeheuers namens „Spartakus“ trifft.⁸⁹ Ebenfalls aus Dorsten stammt ein Findling, der 1934 zu Ehren der bei diesen Gefechten gefallenen Freikorpsoldaten errichtet wurde; nach 1952 wurde das Denkmal am Westwall umfunktioniert.⁹⁰ Es repräsentiert das Nachleben der Revolution.

Fazit

An dieser Stelle kann nicht auf die Vielzahl der erreichbaren Erinnerungen, Berichte und sonstigen individuellen Zeugnisse über die Revolution 1918/19 in Westfalen eingegangen werden. Bereits wenige Wochen nach dem 9. November 1918 setzten Niederschriften ein. Sie liegen heute in gedruckter Form oder als Manuskript in den Archiven vor. Ihr Quellenwert hängt sowohl von den politischen Standorten wie vom Erinnerungsvermögen der Beteiligten ab. In den 1960er und 1970er Jahren konnten noch einige Zeitzeugen von Verfassern von universitären Qualifikationsarbeiten oder Schülerarbeiten befragt werden. Sie ergänzten die Überlieferung aus Akten und Zeitungen, fallen jedoch durch ihre unscharfen Beobachtungen auf. Das Revolutionsgeschehen lässt sich allerdings nicht durch eine einzige Quellengruppe rekonstruieren. Nur die Verwen-

dung eines Quellen-Mix sichert kritische Standards und wahrt den Abstand zu den zeitgenössischen Produzenten von Informationen. Keiner dieser Produzenten verhielt sich neutral, sondern parteiisch. Es ist daher auf allen Ebenen notwendig, Gegenüberlieferungen ergänzend, kontrollierend und reflektierend einzubeziehen. Für die Geschichtsforschung bedeutet die Revolution 1918/19 deshalb auch methodisch eine Herausforderung.⁹¹ Inhaltlich lohnt sich die Beschäftigung mit ihr, denn schon dieser Quellenüberblick zeigt, dass sie Gesamt-Westfalen elementar „bewegte“.

Dem Verfasser bleibt abschließend allen Archivarinnen und Archivaren zu danken, die seine Arbeit in vielfältiger Form unterstützt haben. ■



Prof. Dr. Wilfried Reininghaus
Historische Kommission für Westfalen, Münster
wilfried.reininghaus@t-online.de

⁸⁸ Weitere sind erhalten in Stadtarchiv Bochum WAT 1269.

⁸⁹ Abb. in: 500 Jahre Dorstener Altstadtschützenverein, Dorsten 1987 (Mitteilung von Fest zu Fest Nr. 5, S. 193; Kommentar bei Lucas, Demokratisierung (wie Anm. 4), S. 229.

⁹⁰ Christa Setzer/Josef Ulfkotte, Der Findling am Westgraben, in: Heimatkalender der Herrlichkeit Lembeck und Stadt Dorsten 2002, S. 139–144.

⁹¹ Vgl. jüngst Arne Hordt u. a., Aufruhr! Zur epochenübergreifenden Beschreibung beschleunigten sozialen Wandels in Krisenzeit, in: Historische Zeitschrift 301 (2015), S. 31–62.